

Die Arbeiten und Beschlüsse unseres Parteitagés dürfen uns mit Befriedigung erfüllen. Hart war der Rede Kampf und heftig sind die Geister auf einandergeplagt; aber Jeder, der gesprochen hat, hat es gethan aus dem Gefühle heraus, der Partei damit einen Dienst zu erweisen. Aber wenn wir untereinander uns auch streiten können, wenn wir unter einander über wichtige Fragen diesmal eine völlige Verständigung nicht erzielt haben — die Gegner mögen sich gesagt sein lassen, daß wir im Kampf gegen sie einig und geschlossen sind und bleiben. (Lebhafte Zustimmung.)

Die Beschlüsse, die der Parteitag in der Hauptfrage gefaßt hat, sind getragen von dem unverbrüchlichen Entschlusse, von dem Boden des Klassenkampfes nicht um eines Haares Breite abzuweichen. Wir gehen jetzt in die Heimath zu neuer Arbeit, zu neuen Kämpfen. Wir wissen nicht, was die nächsten Wochen und Monate uns bringen werden. Schon wieder muntelt man überall von neuen Maßregeln gegen die Sozialdemokratie; als ob es neuer Machtmittel zur Drangsalirung der Sozialdemokratie bedürfte. Unsere Blätter werden konfisziert, unsere Redakteure werden verhaftet, unsere Redner werden angeklagt und zu langen Gefängnißstrafen verurtheilt. Ist es da noch nöthig, neue Maßregeln zu schaffen! Aber mögen Maßregeln ergriffen werden, wie sie wollen, die deutsche Sozialdemokratie ist fest entschlossen, die ihr von den heutigen Machthabern auferlegten Opfer zu tragen, sie ist fest entschlossen, sich durch nichts hindern zu lassen in ihrem Kampfe für die Befreiung der Arbeiterklasse aus politischer Rechtlosigkeit und ökonomischer Sklaverei. Je mehr Opfer, desto energischeren Kampf; je mehr Kämpfer in unseren Reihen fallen, desto mehr Streiter erwachsen uns, und so wollen wir uns durch die Maßregeln, die man uns androht, nicht schrecken und nicht abhalten lassen in dem Kampfe für die Organisation der sozialistischen Gesellschaft, in dem Kampfe für die Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen.

Parteigenossen! Dieses Gelöbniß wollen wir bekräftigen, indem wir ausrufen:

Die deutsche, die internationale Sozialdemokratie, sie lebe hoch, hoch, hoch! Begeistert erheben sich die Delegirten von ihren Plätzen, stimmen stürmisch dreimal in das Hoch ein und singen den ersten Vers der Arbeitermarzellaise. Singer: Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie ist geschlossen. Schluß 1 Uhr.

## Zusammenstellung der vom Parteitag angenommenen Anträge.

### I. Geschäftsbericht, Bericht der Kontrolleure, Parteibeamte, Parteigeschäfte.

Diskussion Seite 71—87 und 97.

Antrag Meister im Namen der Kontrolleure (Seite 86):

Dem Partei-Vorstand und dem Parteikassirer ist Decharge zu ertheilen.

Antrag der Mandatsprüfungskommission (Seite 97):

Die Delegirten zum Parteitag sind künftig nirgends mehr in Vereinsversammlungen zu wählen; der Partei-Vorstand hat bei Einberufung des Parteitagés hierauf ausdrücklich aufmerksam zu machen.

Anträge der Vorlage: **36** (Veröffentlichung des Geschäftsberichts), **73** (Eingehen des „Sozialdemokrat“) und **76** (Nichtlieferung des „Vorwärts“ an die Vertrauenspersonen).

Parteigenossen des Niederbarnimer Kreises, amendirt durch Fischer-Berlin (Seite 86):

Der Parteitag wolle die neuzuwählenden Kontrolleure beauftragen, Erhebungen darüber anzustellen, ob und inwieweit die Druckarbeiten des „Vorwärts“ und der sonstigen bei Wading gedruckten Parteiliteratur mit für die Partei größerem Nutzen als bisher hergestellt werden können. Die Kontrolleure haben eventl. dem nächsten Parteitag Bericht zu erstatten.

Parteigenossen des I. Hamburger Kreises (Seite 86):

Die Parteidrucksachen möglichst in einer Parteidruckerei anfertigen zu lassen.

Antrag Keil, Böhle, Emmel (Seite 87):

In Erwägung, daß Dr. Müdt kurz nach dem Frankfurter Parteitag in gegnerischen Blättern seinen Austritt aus der Partei öffentlich ankündigte, mit der Motivirung, daß er sich den Beschlüssen des Frankfurter Parteitages nicht füge, daß zwar Dr. Müdt später wieder in die Partei eintrat, diese widerspruchsvolle Handlungsweise aber eine Herabwürdigung der Partei ist, die sich diese nicht bieten lassen darf, erklärt der Parteitag: Dr. Müdt hat aufgehört, Parteigenosse zu sein.

### II. Parlamentarische Thätigkeit.

Diskussion Seite 87—96.

Antrag Wurm (Seite 92):

Spätestens 4 Wochen nach Schluß jeder Reichstags-Session ist ein Bericht über die parlamentarische Thätigkeit zu veröffentlichen.

## Der Fraktion überwiesen:

Antrag Stolten-Hamburg (Seite 95):

Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, eine dem Sinne des Antrags Rohrlack (96 der Vorlage) möglichst gerecht werdende Reorganisation der Gewerbeaufsicht zu beantragen.

Antrag Kimmel-Hamburg (Seite 96):

Die sozialdemokratische Fraktion ist zu beauftragen, im Reichstag dahingehend zu wirken, daß alle in Gärtnereien beschäftigten Personen der Gewerbe-Ordnung und mithin auch dem Gewerbegericht unterstellt werden.

Anträge der Vorlage: **89** (obligatorische Einführung der Gewerbegerichte und Ausdehnung auf Dienstboten, ländliche Arbeiter), **90** (Einführung des Achtstundentages), **92** (Stellungnahme zum bürgerlichen Gesetzbuch), **93** (Ausdehnung der Versicherungsgesetze auf Heimarbeiter), **94** (Vereinlichung der Sozialgesetzgebung), **97** (Abänderung des Reichstagswahlgesetzes, Aufhebung der Gesindeordnung u. s. w.), **99** (Abänderung des Krankentaffengesetzes), **106** (Statistik der Seemannsänter).

## III. Agrarfrage.

Diskussion Seite 98—177.

Antrag Rautsky (Seite 104—105):

Der von der Agrarkommission vorgelegte Entwurf eines Agrarprogramms ist zu verwerfen. Denn dieses Programm stellt der Bauernschaft die Hebung ihrer Lage, also die Stärkung ihres Privateigentums in Aussicht; es erklärt das Interesse der Landeskultur in der heutigen Gesellschaftsordnung für ein Interesse des Proletariats, und doch ist das Interesse der Landeskultur ebenso wie das Interesse der Industrie unter der Herrschaft des Privateigentums an den Produktionsmitteln ein Interesse der Besitzer der Produktionsmittel, der Ausbeuter des Proletariats. Ferner weist der Entwurf des Agrarprogramms dem Ausbeuterstaat neue Machtmittel zu und erschwert dadurch den Klassenkampf des Proletariats; und endlich stellt dieser Entwurf dem kapitalistischen Staat Aufgaben, die nur ein Staatswesen ersprießlich zur Durchführung bringen kann, in dem das Proletariat die politische Macht erobert hat.

Der Parteitag erkennt an, daß die Landwirtschaft ihre eigentümlichen von denen der Industrie verschiedenen Gesetze hat, die zu studieren und zu beachten sind, wenn die Sozialdemokratie auf dem flachen Land eine gedeihliche Wirksamkeit entfalten soll. Er beauftragt daher den Parteivorstand, er möge unter Berücksichtigung der bereits von der Agrarkommission gegebenen Anregungen eine Anzahl geeigneter Personen mit der Aufgabe betrauen, das über die deutschen Agrarverhältnisse vorhandene Material einem gründlichen Studium zu unterziehen und die Ergebnisse dieses Studiums in einer Reihe von Abhandlungen veröffentlichen, als „Sammlung agrarpolitischer Schriften der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.“

Der Parteivorstand erhält Vollmacht, die nötigen Gelbtauswendungen zu machen, um den mit den erwähnten Arbeiten betrauten Genossen die Erfüllung ihrer Arbeit zu ermöglichen.

Dem Parteivorstand überwiesen:

Anträge der Vorlage: 20—31, 77, 80, 81, 103—105.

Ferner Antrag Braun (Seite 110).

## IV. Maifeier.

Diskussion Seite 177—180.

Resolution (Seite 177):

In Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der internationalen Arbeiterkongresse zu Paris (1889), Brüssel (1891) und Zürich (1893), feiert die deutsche Sozialdemokratie den 1. Mai als das Weltfest der Arbeit, gewidmet den Klassenforderungen des Proletariats, der Verbrüderung und dem Weltfrieden. Als würdigste Feier des 1. Mai betrachtet die Partei die allgemeine Arbeitsruhe. Daher empfiehlt der Parteitag denjenigen Arbeitern und Arbeiterorganisationen, die ohne Schädigung der Arbeiterinteressen den 1. Mai neben den anderen Kundgebungen auch durch die Arbeitsruhe feiern können, Arbeitsruhe eintreten zu lassen.

## V. Internationaler Kongreß.

Debatte Seite 180—181.

Resolution (Seite 180):

Der Parteitag fordert die Parteigenossen auf, in Anbetracht der Wichtigkeit, die der nächste in London stattfindende internationale Arbeiterkongreß für die gesamten klassenbewußten Arbeiter und namentlich für die weitere Entwicklung der internationalen Arbeiterbewegung haben wird, denselben durch Vertreter möglichst zahlreich zu beschicken.

## VI. Schwibblystem.

Diskussion Seite 181—187.

Resolution Timm (Seite 184—185):

Die moderne Hausindustrie ist die dezentralisierte Form des kapitalistischen Großbetriebes. In der Hausindustrie vermag der kapitalistische Unternehmer die Ausgaben für die Betriebswerkstätten, die Hilfsstoffe, für Beheizung und Beleuchtung auf die Arbeitskräfte abzuwälzen, die Ausgaben für die vorchriftsmäßige Beschaffenheit der Arbeitsräume und für die verschiedenen Arten der Arbeiterversicherung zu vermeiden, kann er die billigsten und widerstandsfähigsten Arbeitskräfte — Frauen und Kinder — in weitestem Umfange der rücksichtslosesten Ausbeutung dienlich machen und dadurch auf die Arbeitsbedingungen der übrigen Arbeiter einen Druck ausüben.

Bei längster Arbeitszeit, schlechtesten Arbeitsbedingungen und niedrigsten Löhnen preßt der Kapitalist den hausindustriellen Arbeitern die höchsten Leistungen ab.

Die durch den hausindustriellen Betrieb ermöglichte Stelle des Zwischenunternehmerthums, des Zwischenmeisters, Smeater, treibt die Ausbeutung der Heimarbeiter und Arbeiterinnen auf die Spitze und verschärft die Uebel der Hausindustrie aufs äußerste.

Die Hausindustrie überliefert ganze Schichten der arbeitenden Bevölkerung der Verelendung, dem körperlichen, geistigen und sittlichen Verkommen; insbesondere zwingt sie durch Hungerlöhne Tausende von Arbeiterinnen, in der Prostitution einen ständigen Nebenerwerb zu suchen.

Die den bescheidensten Anforderungen eines Kulturmenschen ins Gesicht schlagende Erbärmlichkeit der Erwerbs- und Lebensverhältnisse der Arbeiter in der Hausindustrie und der Umstand, daß dieselben meist isoliert schaffen, erschweren und hindern den gewerkschaftlichen Zusammenschluß, damit den Kampf für menschenwürdige Arbeitsbedingungen.

Der in Breslau versammelte Parteitag der deutschen Sozialdemokratie erklärt es deshalb für Pflicht der Arbeiterklasse, durch den politischen und

gewerkschaftlichen Kampf mit aller Energie den Mißständen der Hausindustrie entgegenzutreten.

Der Parteitag beauftragt die Vertreter der Partei im Reichstage zu fordern:

1. Ausdehnung des gesetzlichen Arbeiterschutzes auf die Hausindustrie und Schaffung besonderer Vorschriften, wie sie schon heute für die Tabakindustrie bestehen.

2. Kontrolle aller hausindustriellen Betriebe durch männliche und weibliche Aufsichtsbeamte, welche Exekutivgewalt besitzen und mindestens zur Hälfte aus den Kreisen der Arbeiter und Arbeiterinnen entnommen werden.

Weiter erklärt es der Parteitag für Pflicht der Genossen, den planmäßigen Kampf der Gewerkschaften für die Beseitigung des Zwischenmeister-systems, für die Errichtung von Betriebswerkstätten und die Einführung fester Tarife zu unterstützen.

Antrag Timm (Seite 185):

Der Parteitag beauftragt die sozialdemokratischen Reichstags- und Landtagsabgeordneten, sowie die Vertreter in den Kommunalverwaltungen, energisch einzutreten für die ausschließliche Vergabung aller Staats- und Kommunallieferungen an Unternehmer, welche Betriebswerkstätten unterhalten, die allen gesetzlichen Vorschriften entsprechen.

## VII. Programm, Organisation und Taktik.

Diskussion Seite 187—191 und 193—194.

Resolution Arons (Seite 190):

Der Breslauer Parteitag empfiehlt den Gedanken des Antrages 53 der Vorlage (Ergänzung des Partei-Vorstandes durch 2 Beisitzer) den Parteigenossen zu reger Diskussion und überläßt die Beschlußfassung über diesen Gegenstand dem nächsten Parteitag.

Antrag Meiß (Seite 191):

Der Beschluß des Frankfurter Parteitages, wonach Reichstags-Abgeordnete kein Mandat für den Parteitag annehmen dürfen, wird aufgehoben.

Antrag Trautwein und Genossen (Seite 198):

In Anbetracht, daß es wohl der Wunsch eines jeden Genossen sein muß, daß die ländlichen Arbeiter von dem Ausnahmegesetz der Gefindeordnungen befreit werden, stellen Unterzeichnete hierdurch den Antrag: der Parteitag möge den Partei-Vorstand beauftragen, bei passender Gelegenheit eine gleichmäßige Agitation im ganzen Lande gegen die Gefindeordnungen in Bewegung zu setzen, ähnlich wie bei der Umsturzvorlage.

Gleichfalls möge der Parteitag den Wunsch aussprechen, daß die Presse den Gefindeordnungen sowie der Handhabung derselben mehr Beachtung widmet wie bisher.

Beides würde ein wirklich durchgreifendes Mittel für die Landagitation sein.

Antrag Rohrlach-Löwenherz (Seite 200):

Auf die Tagesordnung des Parteitages für 1896 ist ein Referat über die Frauenagitation zu setzen.

Anträge der Vorlage: **3** (Proportionalwahlen als Beratungsgegenstand des nächsten Parteitages), **65** (Herausgabe eines guten Familienblattes), **66** (Verbesserung und Erweiterung der „Neuen Welt“), **67** (Ablehnung der „Gekrönte Häupter“ und der Wiest'schen „Jugendschriften“).

Fernere Anträge: **101** (Statistische Erhebungen über Frauenarbeit S. 199), **116** (Förderung der Frauen-Organisation S. 197), **117** (Agitation für das allgemeine Wahlrecht S. 197).

## VIII. Anträge der Deuner-Kommission.

Diskussion Seite 191—193.

Beschlüsse:

In Sachen Jochem-Danzig.

Der Parteitag beschließt:

Die Parteidifferenzen in Danzig sind durch beide Theile verschuldet. In Anbetracht aber, daß die Person des Genossen Jochem hauptsächlich einer Einigung der streitenden Theile im Wege steht, erklärt der Parteitag, daß Genosse Jochem nicht geeignet ist, einen Vertrauensposten in der Partei zu bekleiden.

In Sachen der Beschwerde aus Verden:

In Bezug auf die Beschwerde der Verdener Genossen erklärt der Parteitag:

Der Partei-Vorstand ist im Allgemeinen verpflichtet, die ordnungsgemäß eingekommenen Anträge zu veröffentlichen. Diese Pflicht findet ihre Grenze da, wo die Anträge unsinnig oder der Partei schädlich sind. Aus diesem Grunde ist die Beschwerde der Verdener Genossen zurückzuweisen.

In Sachen Flöther-Stadthagen:

Nach eingehender Prüfung des vorliegenden Materials empfiehlt die Kommission dem Parteitag, den Ausschluß Flöther's in Stadthagen als zu Recht bestehend zu erklären.

## Anhang.

### Resolution des Frankfurter Parteitags zur Agrarfrage.

Die Agrarfrage ist das Erzeugniß der modernen Wirtschaftsweise. Je abhängiger die heimische Landwirtschaft vom Weltmarkt und dem internationalen Wettbewerb aller Ackerbauländer wird, je mehr sie in den Bannkreis der kapitalistischen Waarenproduktion, des Bank- und Bankkapitals geräth, um so rascher verschärft sich die Agrarfrage zur Agrarkrise.

In Preußen-Deutschland kämpft die landwirtschaftliche Unternehmerklasse, die sich in ihrem Wesen von den großgewerblichen Kapitalisten nicht unterscheidet, mit dem Landadel. Dieser Landadel erhält sich nur noch künstlich durch Liebesgaben, Schutzzölle, Ausfuhrvergütungen, Steuervorrechte. Trotz alledem ist der Untergang des ostelbischen Junkerbetriebs, der zum großen Theil durch schlechte Wirtschaft, Erbtheile, Restkaufgelder überschuldet ist, schon besiegelt.

Dazu kommt der sich fortsetzende Zwiespalt zwischen Großbesitz und Kleinbäuerlicher Wirtschaft. Die kleine Bauernschaft, bedrückt durch Militärdienst und Steuerlasten, in Hypotheken- und Personalschulden verstrickt, bedrängt von innen und außen, kommt in Verfall. Die Schutzzölle sind für sie nur ein leeres Schaugericht. Und diese Zoll- und Steuerpolitik lähmt die Kaufkraft der arbeitenden Klasse und verengt beständig den Markt des Bauern. Der Bauer wird proletarisirt.

Auf der andern Seite entfaltet sich der Klassengegensatz zwischen ländlichen Unternehmern und ländlichen Arbeitern zu immer größerer Reinheit. Eine ländliche Arbeiterklasse ist entstanden. Sie ist gebunden durch feudale Gesetze, die ihr das Vereinigungsrecht versagen, die sie unter die Gefindeordnung stellen, sie ist losgelöst von den alten patriarchalischen Verhältnissen, die in der Hörigkeit eine bestimmte Existenzsicherheit einschlossen. Die Zwischenschichten, grundbesitzende Tagelöhner, Zwergebauern, die auf die Lohnarbeit als Zubuße angewiesen sind, sinken trotz aller Scheinreformen in die Klasse des ländlichen Proletariats. Mit der Erwerbs-Unsicherheit, dem Lohndruck und der schlechten Behandlung, mit der Zunahme der Wander-Arbeiter, wächst der Zwiespalt zwischen Grundkapital und Landarbeit, das Klassenbewußtsein des Landarbeiters erwacht.

So wird es zur Nothwendigkeit, daß die Sozialdemokratie sich auf das ernste und die Agrarfrage befaßt. Die Vorbedingung dazu ist die eingehende Kenntniß der ländlichen Zustände. Da diese in Deutschland technisch, wirtschaftlich und sozial verschieden geartet sind, so muß sich die Propaganda ihnen anpassen und das Landvolk nach seiner Eigenart behandeln.

Die Agrarfrage als nothwendiger Bestandtheil der sozialen Frage wird endgiltig nur gelöst, wenn der Grund und Boden mit den Arbeitsmitteln den Produzenten wieder zurückgegeben ist, die heute als Lohnarbeiter oder Klein-

bauern im Dienste des Kapitals das Land bestellen. Jetzt aber muß die Nothlage der Bauern und Landarbeiter durch eine gründliche Reformthätigkeit gelindert werden. Die nächste Aufgabe der Partei ist es, ein besonderes agrarpolitisches Programm aufzustellen, das die dem Bauern wie dem Landarbeiter besonders nützlichen nächsten Forderungen des Erfurter Programms in einer dem Verständniß der ländlichen Bevölkerung angemessenen Darstellung erläutert und ergänzt.

Der Bauernschutz soll den Bauern als Steuerzahler, als Schuldner, als Landwirth vor Nachtheilen bewahren.

Der Landarbeiterschutz soll das Koalitions- und Vereinigungsrecht des ländlichen Arbeiters schaffen, ihn auf eine Stufe mit den gewerblichen Arbeitern stellen (Aufhebung der Gefindeordnung) und durch eigene sozialpolitische Schutzgesetze (Arbeitszeit, Arbeitsbedingungen, Aufsichtsbeamte) ihn vor der zügellosen Ausbeutung bewahren.

Ein besonderer Agrar-Ausschuß hat dem nächsten Parteitag seine Vorschläge vorzulegen.

Schoenlant. Vollmar.

### Die Entwürfe der Unterausschüsse der Agrarkommission.

#### I. Entwurf des Unterausschusses für Norddeutschland.\*)

1. Organisation des Hypothekenkredits durch den Staat (das Reich). Gewährung des Kredits nach Höhe der Selbstkosten.
2. Organisation der Mobilien- und Immobilienversicherung (Feuer-, Hagel-, Wasserschäden- und Viehverversicherung) durch den Staat (das Reich).
3. Bau und Instandhaltung der öffentlichen Straßen, Wege und Wasserläufe durch den Staat (das Reich).
4. Erhaltung des Gemeindeeigenthums (Allmenden) und der Gemeindefische an Wasser, Wald und Weide.
5. Umwandlung des Besizes der todtten Hand, der Stiftungs- und Kirchengüter in öffentliches Eigenthum. Aufhebung der Fideikommiss.
6. Gründung obligatorischer Genossenschaften für Meliorationen, Bes- und Entwässerungsanlagen und Unterstützung dieser Genossenschaften durch Staatskredite.
7. Errichtung öffentlicher landwirtschaftlicher Fachschulen und Versuchstationen und Abhaltung regelmäßiger landwirtschaftlicher Unterrichtskurse. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung.
8. Verbilligung der Personen- und Frachtarife.
9. Ueberführung der Privatwälder in öffentlichen Besiz. Freies Jagdrecht auf eigenem und gepachtetem Grund. Volle Entschädigung für Wild- und Jagdschaden.
10. Landwirtschaftskammern mit Gleichberechtigung aller landwirtschaftlichen Erwerbsthätigen.
11. Landwirtschaftliche Schiedsgerichte zur Schlichtung aller aus dem Lohn-, Arbeits- und Dienstverhältniß entstehenden Streitigkeiten.
12. Obligatorische Krankenversicherung für Arbeits- und Dienstpersonal, sowie für Betriebsinhaber mit einem Jahreseinkommen bis zu 2000 Mk.
13. Unentgeltlichkeit der thierärztlichen Hilfeleistung und Heilmittel.

\*) Diesem Ausschusse gehörten an: Webel, Liebknecht, Mollenbuhr, Schippel, Schoenlant.

## II. Entwurf des Unterausschusses für Mitteldeutschland.\*)

Nach „5. Uebernahme — Verwaltung“ des Erfurter Programms ist folgendes anzufügen:

Im Interesse der Kleinbauern und Landarbeiter, sowie zur Erhaltung und Fortbildung der landwirthschaftlichen Produktion:

1. Erhaltung und Vermehrung des öffentlichen Grundeigentums (Staats- und Gemeindegut jeder Art, „Realgemeinde“, „Allmend“, „Interessental“ u. f. w.) unter Kontrolle der Volksvertretung, sowie Abschaffung aller auf Zerstückelung und Veräußerung desselben zielenden Gesetze und Verordnungen, Einführung eines Vorkaufsrechts der Gemeinden bezüglich der zur Zwangsversteigerung kommenden Güter.

2. Bewirthschaftung der Staats- und Gemeindegüter auf eigene Rechnung oder Verpachtung an Genossenschaften von Landarbeitern bezw. selbstwirthschaftende Kleinbauern unter Aufsicht des Staates und der Gemeinde, Urbarmachung und Aufbesserung von Ländereien, Schaffung von Wasserungsanlagen, Hebung des Forst-, Feld-, Garten- und Wiesenbaues, Verbesserung des Viehstandes, Pflege des Wasserbaues und ländlichen Verkehrs, Errichtung und Unterstützung landwirthschaftlicher Lehranstalten, obligatorischer Fortbildungsschulen und Musteranstalten mit unentgeltlichem Unterricht und Lehrentgelt durch Staat und Gemeinde.

3. Verstaatlichung der Hypotheken- und Grundschulden.

4. Verstaatlichung des gesammten landwirthschaftlichen Versicherungswesens, möglichste Ausdehnung desselben auf alle Betriebszweige, unentgeltliche thierärztliche Hilfe, sowie staatliche Hilfeleistung bei Nothständen infolge verheerender Naturereignisse.

5. Aufrechterhaltung und Erweiterung der bestehenden Waldnutzungs- und Weiderechte unter gleicher Berechtigung aller Gemeinde-Angehörigen, Recht auf Erhebung von Laubstreu, Brenn- und Nußholz aus Staats- und Gemeindegütern zum Taxpreise, Verhütung beziehungsweise vollständiger Erfaß des Wildschadens, Freigabe der Jagd, Abschluß des schädlichen Wildstandes.

6. Beschränkung und allmälige Beseitigung des Zwischenhandels mit landwirthschaftlichen Produkten durch Unterstützung des Genossenschaftswesens, Ankauf der für öffentliche Zwecke nöthigen Bodenprodukte vorzugsweise von den Produzenten.

7. Aufhebung der Grundsteuer.

8. Recht des Pächters, bei andauernder Verringerung des Reinertrages oder bei schweren Naturschäden die Herabsetzung der Pacht durch ein landwirthschaftliches Schiedsgericht zu verlangen.

9. Ausdehnung der Arbeiterschutz-Gesetzgebung und des Koalitionsrechtes auf die Landwirthschaft, staatliche Ueberwachung aller landwirthschaftlichen Betriebe, ländliche Schiedsgerichte, sowie Erforschung und Regelung der ländlichen Betriebs- und Arbeitsverhältnisse durch ein landwirthschaftliches Reichsamtsamt, Bezirks-Landwirthschaftsämter und Landwirthschaftskammern.

10. Abschaffung aller mit dem Privatgrundbesitz verknüpften öffentlichen Vorrechte und Aufhebung der Gutsbezirke.

## III. Entwurf des Unterausschusses für Süddeutschland.\*\*)

In Bezug auf die Agrarfrage stellt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands folgende nächste Forderungen auf:

1. **Planmäßige Organisation der Volksernährung durch fortschreitende**

\*) Mitglieder: Bock, Hug, Kagenstein, Schulze, Quard.

\*\*) Mitglieder: Wapler, Birk, David, Beck, Bollmar.

Einflußnahme des Staates auf die landwirthschaftliche Produktion und den Vertrieb ihrer Erzeugnisse.

2. Verbot des Verkaufs von öffentlichem Grundeigentum (der Gemeinden, der Korporationen und des Staates).

3. **Enteignung des Nießenbezuges** (Latifundien), Unterstellung des größeren Grundbezuges unter die Bestimmungen des gewerblichen Arbeiterschutzes, sowie unter die **betriebsstechnische Aufsicht des Staates**.

4. Abschaffung aller mit dem Grundbesitz verbundenen behördlichen Funktionen und sonstiger Privilegien als selbständige Gutsbezirke, Vorrechte in Vertretungskörperschaften, Patronatsrechte, Fideikomisse u. f. w.

5. Fortschreitende **Verstaatlichung** der Grundschulden und **des ganzen Kreditwesens**, unter Herabsetzung des Zinsfußes. Staatliche Beleihung der landwirthschaftlichen Erzeugnisse. **Ankauf** der zur **Zwangsversteigerung** kommenden bäuerlichen Güter bis zum Taxwerth durch die Gemeinden; das Verfahren kann durch den Schuldner selbst beantragt werden, welchem im Falle der Wirthschaftstüchtigkeit **das Gut zu Lehen** zu belassen ist.

6. Der landwirthschaftliche Grundbesitz des Staates wird zur Errichtung von Musterwirthschaften, zur Vergrößerung des Gemeinde-Eigentums, sowie zur **Vergebung zu Lehen an Selbstbewirthschafter gegen Naturalzins** verwendet. Die Lehngüter sind so groß zu bemessen, daß die wirthschaftende Familie darauf ihren ganzen Unterhalt findet.

7. Errichtung ausreichender landwirthschaftlicher Lehranstalten in Verbindung mit den Musterwirthschaften zur unentgeltlichen sachmännischen Ausbildung.

8. Gewährung von **Staatskredit** an die Gemeinden zu Ankauf und Einrichtung von **Lehengütern**, zur Urbarmachung von Weidelandereien, zur Verbesserung des Bodens, der Viehzucht und aller sonstigen Betriebseinrichtungen, sowie zur Förderung des Genossenschaftswesens — unter Staatsaufsicht.

9. Ankauf der für die Verproviantirung der öffentlichen Anstalten erforderlichen landwirthschaftlichen Erzeugnisse zweckentsprechender Qualität unmittelbar von den Produzenten.

10. Regelung der privaten Pachtverträge nach dem jeweiligen Ertragswerth und Entschädigung der von den Pächtern zur Bodenverbesserung gemachten Aufwendungen.

11. Verstaatlichung des gesammten landwirthschaftlichen Versicherungswesens und Eintreten des Staates bei Nothständen infolge verheerender Naturereignisse.

12. Unbeschränkte Aufrechterhaltung der bestehenden Wald- und Weiderechte. Verhütung bezw. vollständiger Erfaß des Wildschadens.

13. Vollkommene rechtliche Gleichstellung der Landarbeiter mit den industriellen Lohnarbeitern. Schlichtung der aus dem Arbeitsverhältniß entstehenden Streitigkeiten durch Schiedsgerichte, welche zu gleichen Theilen aus Arbeitern und Arbeitgebern zu bilden sind.

14. Landwirthschaftsämter und Landwirthschaftskammern mit gleichberechtigter Betheiligung der Eigenthümer, Pächter und Arbeiter, zur Erforschung und Regelung der Arbeits-, Lohn-, Pacht- und Betriebsverhältnisse und zur Vertretung aller beruflichen Interessen.

\* \* \*

## Erste Vorschläge der Agrarkommission zum Parteiprogramm.

(Anschließend an den prinzipiellen Theil des Erfurter Programms.)

Vom Partei-Vorstand veröffentlicht am 15. Juli 1895.

Ausgehend von diesen Grundsätzen fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zur Demokratisierung aller öffentlichen Einrichtungen im Reich, Staat und Gemeinde, für die Hebung der sozialen Lage der arbeitenden Klassen und für die Verbesserung der Zustände in Gewerbe, Landwirtschaft, Handel und Verkehr, im Namen der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung zunächst:

1. Allgemeines gleiches direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen. Proportionalwahlssystem; und bis zu dessen Einführung gesetzliche Neueintheilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung.

Zweijährige Gesetzgebungsperioden. Vornahme der Wahlen und Abstimmungen an einem gesetzlichen Ruhetage. Entschädigung für die gewählten Vertreter. Aufhebung jeder Beschränkung politischer Rechte außer im Falle der Entmündigung.

2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittelt des Vorschlags- und Verwerfungsrechts. Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volks in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde. Wahl der Behörden durch das Volk, Verantwortung und Haftbarkeit derselben. Jährliche Steuerbewilligung.

3. Erziehung zur allgemeinen Wehrfähigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung.

Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schießsgerichtlichem Wege.

4. Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken.

5. Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlich- und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachteiligen.

6. Erklärung der Religion zur Privatsache. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbstständig ordnen.

7. Weltlichkeit der Schule. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volks- und Fortbildungsschulen, Errichtung ausreichender gewerblicher und landwirtschaftlicher Fachschulen, Musterwirtschaften und Versuchstationen; Abhaltung regelmäßiger landwirtschaftlicher Unterrichtskurse. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung in allen öffentlichen Unterrichtsanstalten, auch in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler und Schülerinnen, die kraft ihrer Fähigkeiten zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden.

8. Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes. Rechtssprechung durch vom Volk gewählte Richter. Berufung in Strafsachen. Entschädigung unschuldig Angelegter, Verhafteter und Verurtheilter. Abschaffung der Todesstrafe.

9. Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel. Unentgeltlichkeit der Todtenbestattung.

10. Stufenweis steigende Einkommen- und Vermögenssteuer zur Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind, und dementsprechende Befreiung aller Ertrags- (Real-) Steuern (Gewerbe-, Haus-, Grundsteuern u. s. w.).

Selbsteinschätzungspflicht, Erbschaftsteuer, stufenweise steigend nach Umfang des Erbguts und nach dem Grade der Verwandtschaft.

Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirtschafts-politischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern.

11. Abschaffung aller mit dem Grundbesitz verbundenen behördlichen Funktionen und Privilegien (selbständige Gutsbezirke, Vorrechte in Vertretungs-Körperschaften, Patronatsrechte, Fideikomisse, Stenervorrechte u. s. w.).

Entschädigungslose Anhebung jeglicher Art noch bestehender Erbunterthänigkeit und der aus derselben herzustammenden Lasten und Pflichten.

12. Erhaltung und Vermehrung des öffentlichen Grundeigentums (Staats- und Gemeindeeigentums jeder Art, Allmend etc.), insbesondere Ueberführung des Besizes der todten Hand (Korporations-, Stiftungs- und Kirchengüter), der Realgemeinden, der Wälder, der Wasserkräfte u. s. w. in öffentliches Eigentum unter Kontrolle der Volksvertretung.

Einführung eines Vorkaufsrechts der Gemeinden bezüglich der zur Zwangsversteigerung kommenden Güter.

13. Bewirtschaftung der Staats- und Gemeindeländereien auf eigene Rechnung, oder Verpachtung an Genossenschaften von Landarbeitern und von Kleinbauern oder, soweit sich Beides nicht als rationell erweist, Verpachtung an Selbstbewirtschaftler unter Aufsicht des Staates oder der Gemeinde.

14. Staatskredit an Genossenschaften, die alle Beteiligten umfassen, oder an einzelne Gemeinden für Feldbereinigung, Boden-Meliorationen aller Art, Entwässerung und Bewässerung.

Uebernahme der Kosten für Bau und Instandhaltung der öffentlichen Verkehrsmittel (Bahnen, Straßen, Wege, Wasserläufe), sowie für Deiche und Dämme auf den Staat oder das Reich.

15. Verstaatlichung der Hypotheken und Grundschulden unter Herabsetzung des Zinsfußes auf die Höhe der Selbstkosten.

16. Verstaatlichung der Mobilien und Immobilien-Versicherung (Feuer-, Hagel-, Wasserschäden-, Vieh-Versicherung u. s. w.) und mögliche Ausdehnung der Versicherung auf alle versicherungsfähigen Betriebszweige.

Staatliche Hilfeleistung bei Nothständen infolge verheerender Naturereignisse.

17. Unbeschränkte Aufrechterhaltung und Erweiterung der bestehenden Waldnutzungs- und Weiderechte unter Gleichberechtigung aller Gemeindeangehörigen.

18. Freies Jagdrecht auf eigenem und gepachtetem Boden. Verhütung, gegebenen Falls volle Entschädigung für Wild- und Jagdschaden.

Zum Schutze der Arbeiterklasse fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Eine wirksame nationale und internationale Arbeiterschutzgebung auf folgender Grundlage:

a) Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normalarbeitstages.

b) Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter vierzehn Jahren.

c) Verbot der Nachtarbeit, außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach, aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt Nachtarbeit erheischen.

d) Eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter.

e) Verbot des Trucksystems.

**Sachgemäße Ausdehnung der Arbeiterschutzgesetzgebung auf die Landwirtschaft.**

2. Ueberwachung aller gewerblichen Betriebe, Erforschung und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichsarbeitsamt, Bezirksarbeitsämter und Arbeitskammern sowie durch ein landwirtschaftliches Reichsamt, Bezirks-Landwirtschaftsämter und Landwirtschaftskammern.

**Durchgreifende Fürsorge für die Gesundheitsverhältnisse der Arbeiter in Stadt und Land.**

3. Rechtliche Gleichstellung der landwirtschaftlichen Arbeiter und der Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern; Beseitigung der Gesindeordnungen.

4. **Schlichtung von Streitigkeiten aus dem Arbeiterverhältnis durch obligatorische Gewerbegerichte sowohl für gewerbliche als für landwirtschaftliche Arbeiter, Dienstboten und Heimarbeiter, sowie für Handlungsgehilfen.**

5. Sicherstellung des Koalitionsrechts.

6. **Uebernahme und Vereinheitlichung der gesamten Arbeiterversicherung durch das Reich mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung. Reichsgesetzliche Ausdehnung der Versicherung auf alle im Lohn- oder Dienstverhältnis stehenden Personen.**

\* \* \*

## Anträge der Agrarkommission an den Parteitag in Breslau.

(Abänderung der ersten Vorschläge in der Schlussitzung vom 5. Oktober 1896.)

Ausgehend von diesen Grundsätzen fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Allgemeines gleiches direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen. Proportional-Wahlssystem; und bis zu dessen Einführung gesetzliche Neueinteilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung.

Zweijährige Gesetzgebungsperioden. Vornahme der Wahlen und Abstimmungen an einem gesetzlichen Ruhetage. Entschädigung für die gewählten Vertreter. Aufhebung jeder Beschränkung politischer Rechte außer im Falle der Entmündigung.

2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittelt des Vorschlags- und Verwerfungsrechts. Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volks in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde. Wahl der Behörden durch das Volk, Verantwortlichkeit und Haftbarkeit derselben. Jährliche Steuerbewilligung.

3. Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiebsgerichtlichem Wege.

4. Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken.

5. Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlich- und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachteiligen.

6. Erklärung der Religion zur Privatsache. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbständig ordnen.

7. Weltlichkeit der Schule. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volks- und Fortbildungsschulen. Errichtung ausreichender gewerblicher und land-

wirtschaftlicher Fachschulen, Wanderkurse, Musterwirtschaften und Versuchsstationen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung in allen öffentlichen Unterrichtsanstalten, auch in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler und Schülerinnen, die kraft ihrer Fähigkeiten zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden.

8. Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes. Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter. Berufung in Strafsachen. Entschädigung unschuldig Angeklagter, Verhafteter und Verurtheilter. Abschaffung der Todesstrafe.

9. **Organisation der öffentlichen Gesundheitspflege.**

Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel. Unentgeltlichkeit der Totenbestattung.

10. Stufenweise steigende Einkommen- und Vermögenssteuer zur Beseitigung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind, und **dementsprechend Beseitigung aller Realsteuern (Gewerbe-, Haus- und Grundsteuern).** Selbsteinschätzungspflicht. Erbschaftsteuer, stufenweise steigend nach Umfang des Erbguts und nach dem Grade der Verwandtschaft.

Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirtschafts-politischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern.

Zum Schutze der Arbeiterklasse fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Eine wirksame nationale und internationale Arbeiterschutzgesetzgebung auf folgender Grundlage:

a) Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normalarbeitstages.

b) Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter vierzehn Jahren.

c) Verbot der Nachtarbeit außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach, aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt Nachtarbeit erheischen.

d) Eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter.

e) Verbot des Trucksystems.

**Sachgemäße Ausdehnung der Arbeiterschutzgesetzgebung auf Landwirtschaft, Handel und Verkehr.**

2. Ueberwachung aller Betriebe, Erforschung und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichsarbeitsamt, Bezirksarbeitsämter und Arbeitskammern für Gewerbe, Landwirtschaft, Handel und Verkehr.

3. Rechtliche Gleichstellung der landwirtschaftlichen Arbeiter und der Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern; Beseitigung der Gesindeordnungen.

4. **Obligatorische Gewerbegerichte zur Schlichtung aller aus dem Arbeits- und Dienstverhältnis hervorgehenden Streitigkeiten.**

5. Sicherstellung des Koalitionsrechts.

6. **Uebernahme und Vereinheitlichung der gesamten Arbeiterversicherung durch das Reich mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung Reichsgesetzliche Ausdehnung der Versicherung auf alle im Arbeits- und Dienstverhältnis stehenden Personen.**

Im Interesse der Landeskultur und zur Hebung der Lage der Landarbeiter und Kleinbauern empfiehlt der Parteitag den Genossen folgende Forderungen für die Agitation und für die Thätigkeit in den öffentlichen Körperchaften:

1. Abschaffung aller mit dem Grundbesitz verbundenen behördlichen Funktionen und Privilegien (selbständige Gutsbezirke, Vor-

rechte in Vertretungskörperschaften, Patronatsrechte, Fideikommiss, Steuervorrechte u. s. w.).

Entschädigungslose Aufhebung jeglicher Art von Erbunterthänigkeit.

2. Erhaltung und Vermehrung des öffentlichen Grundeigenthums (Staats- und Gemeinde-Eigenthums jeder Art) insbesondere Ueberführung des Besitzes der todtten Hand (Korporations-, Stiftungs- und Kirchengüter), der Realgemeinden, der Wälder, der Wasserkräfte in öffentliches Eigenthum unter Kontrolle der Volksvertretung.

Einführung eines Vorkaufsrechtes der Gemeinden bezüglich der zur Zwangsversteigerung kommenden Güter.

3. Bewirthschaftung der Staats- und Gemeindeländereien auf eigene Rechnung, oder Verpachtung an Genossenschaften von Landarbeitern und von Kleinbauern oder, wo beides nicht möglich ist, Verpachtung an Selbstbewirthschafter unter Aufsicht des Staates oder der Gemeinde.

4. Staatskredit an Gemeinden oder obligatorische Verbände zum Zwecke der Bodenverbesserung, der Feldbereinigung, des Baues und der Unterhaltung von Deichen und Dämmen.

Uebernahme der Kosten für Bau und Instandhaltung der öffentlichen Verkehrsmittel (Bahnen, Straßen, Wege und Wasserläufe) auf den Staat oder das Reich.

5. Verstaatlichung der Hypotheken- und Grundschulden mit Festsetzung des Zinsfußes nach Höhe der Selbstkosten.

6. Verstaatlichung der Mobilien- und Immobilien-Versicherung (Versicherung gegen Feuer, gegen Hagel-, Wasser- und sonstige Schäden in Folge von Naturereignissen, Viehverversicherung u. s. w.) und Ausdehnung der Versicherung auf alle Betriebszweige.

7. Aufrechterhaltung und Erweiterung der bestehenden Waldnutzungs- und Weiderechte unter Gleichberechtigung aller Gemeindeangehörigen.

8. Freies Jagdrecht auf eigenem und gepachtetem Boden. Verhütung von Wild- und Jagdschaden, gegebenen Falls volle Entschädigung.

Ferner schlägt die Agrarkommission dem Parteitag vor, folgenden Antrag anzunehmen:

„Der Parteitag wolle beschließen:

Nachdem das Mandat der Agrarkommission erloschen ist, beauftragt der Parteitag den Partei-Vorstand, er möge unter Berücksichtigung der bereits in der Agrarkommission gegebenen Anregungen eine Anzahl geeigneter Personen mit der Aufgabe betrauen, das über die deutschen Agrarverhältnisse vorhandene Material einem gründlichen Studium zu unterziehen, und die Ergebnisse dieses Studiums in einer Reihe von Abhandlungen veröffentlichen als „Sammlung agrarpolitischer Schriften der sozialdemokratischen Partei Deutschlands“.

Der Partei-Vorstand erhält Vollmacht, die nöthigen Gelbdaufwendungen zu machen, um den mit den erwähnten Arbeiten betrauten Genossen die Erfüllung ihrer Aufgabe zu ermöglichen.“

217

## Präsenz - Liste.

Name	Wohnort	Wahlkreis
Albrecht, Adolf Altermann, Heinrich Althaus, Christian Antrich, Otto Aronis, Leo Auer, J.	Halle a. S. Freiberg Heddenheim Berlin Berlin Berlin	Delitzsch-Bitterfeld 9. Sachsen 1. Rostauischer Königsberg N.-M. 2. Berlin
Bamberger, Jacob Bérard, Reinhard Baerer, Heinrich Baudert, August Bebel, August Beck, August Beck, C. Beims, Hermann Berger, Max Birk, Georg	Berlin Hamburg Hamburg Apolda Berlin Lauenburg Lüneburg Göplar Danzig München	9. Hannover Ahaus-Lefkenburg-Steinfurt 17. Hannover 1. und 3. Weimar  Altona-Stormarn 16. Hannover 11. und 13. Hannover Danzig, Stadt Augustburg Wertingen - Mindelheim- Wörishofen Dortmund-Hörde
Bloch, Hans Blös, Wilhelm Böhle, Bernhard Böhmer, Ernst Bock, Wilhelm Bothe, Heinrich Bott, Joh. Sch. Braun, Otto Brand, Ignaz Brühns, Julius Boerner, Wilhelm Brecour, W. Breslauer, Leopold Bren, August Brühne, Friedrich Brunke, Theodor Ruchwald, Edmund	Dortmund Stuttgart Straßburg i. E. Löbau i. E. Gotha Gotha Riegnitz Mainz Königsberg i. Pr. Frankfurt a. M. Breslau Berlin Kiel Dresden Hannover Frankfurt a. M. Braunschweig Altenburg S.-M.	Ober- und Unter-Elsaß 1., 2. und 3. Sachsen Gotha Riegnitz-Goldberg-Haynau Bingen-Alzen Königsberg, Stadt Mtsfeld-Lauterbach-Schotten Breslau-West 3. Berlin 3., 4. und 7. Schleswig-Holstein 4. Sachsen 9. Hannover  1., 2. und 3. Braunschweig Sachsen-Altenburg
Dahlen, Robert David, Eduard Demmler, Carl Deppe, Simon Delor, Carl Drescher, Robert	Halberstadt Friedberg Geyer Langensfelde Berge b. Forst Berlin	Halberstadt-Djchersleben Friedberg-Wüdingen 19. und 21. Sachsen 6. Schleswig-Holstein Sorau-Forst 5. Berlin
Eberle, Carl Ehhardt, G.	Barmen Kommorowen	Barmen-Eberfeld Oleko-Lüt

Name.	Wohnort.	Wahlkreis.
Eichhorn, Hermann v. Elm, A. Eimmel, Leopold	Dresden Hamburg Saargemünd	5. Sachsen
Enders, Paul Erbe, Wilhelm Ernst, Eugen	Chemnitz Berlin Berlin	Saargemünd-Zorbach-Saarbrücken- Meß 16. Sachsen 4. Berlin 6. Berlin
Feldmann, Franz Fischer, Edmund Fischer, Karl Fischer, Richard Fleischmann, Emil Foerster, Hermann Franken, F. S. Fricke, Ferdinand Frohme, Carl Fülle, Albrecht	Langenbielau Dresden St. Lazarus Berlin Frankfurt a. M. Hamburg Solingen Wurzen Hamburg Würzburg	Schweidnitz-Striegau-Freiburg 5. Sachsen Pofen Frankfurt a. M. Solingen 11. Sachsen Würzburg
Gaertner, Hugo Galm, Josef Galle, Johann Garbe, Gustav Geck, Adolf Gehr, S. Geiser, Alice Geiser, Bruno Gerlach, Ferdinand Gerisch, Alwin Gewehr, Wilhelm Geyer, Fritz Giesmann, Josef Gloger, Carl Göbel, Albert Görke, Otto Groth, Emil Grünwaldt, L.	Magdeburg Selingenstadt Guben Cassel Offenburg Bremerhafen Breslau Breslau Halberstadt Berlin Elberfeld Leipzig Breslau Gloger, Carl Mainz Charlottenburg Rostock Hamburg	Magdeburg Offenbach-Dieburg Guben-Lübben Cassel-Melsungen 10. Baden 19. Hannover Breslau-Ost und -West Breslau-Ost Wanzleben Elberfeld Breslau-West Glag-Habelschwerdt Mainz-Oppeheim Teltow-Beeskow-Charlottenburg 2. und 5. Mecklenburg 1. Hamburg
Harm, Friedrich Hafelbauer, F. W. Hartmann, Rudolf Haubold, Emil Haug, Friedrich Heine, J. Heinrich, Albert Heinrich, Max Hentzer, Jean Herbert, Fritz Hering, August Herzfeld Herzog, Emil	Elberfeld Udorf Zeulenroda Chemnitz Freiburg Ottenjen Neurode Potsdam Pofen Stettin Hlensburg Berlin Langenbielau	23. Sachsen Reuß ä. L. 16. Sachsen 5. und 7. Baden. 6. Schleswig-Holstein Reichenbach-Neurode Potsdam-Osthavelland Pofen Apentrade-Hlensburg 5. Mecklenburg Frankenstein-Münsterberg
Hirschmeier, Adolf	Neustadt D.-S.	Reiße Leobschütz Neustadt D.-S.
Hoch, Gustav Hoch, Franz	Hanau Berlin	Hanau-Gelnhausen-Drb 3. Berlin

Name.	Wohnort.	Wahlkreis.
Höppner, F. W. Hoyer Hoffmann, Carl Hoffmann, Arthur Huber, Jacob Hue, Otto Hülle, Gustav Hug, Paul	Cotta Staisgirren Bielefeld Saalfeld Hafstedt Essen a. R. Erfurt Bant	6. Sachsen Tilsit-Niederung Bielefeld-Wiedenbrück 2. Meiningen Bremen Essen a. R. Erfurt-Schleusingen 1. und 2. Oldenburg und 2. Hannover
Janiszewski, C. Joest, Nicolaus Johannes, Georg Jserloh, Franz	Berlin Mannheim Leipzig Lüdenscheid	Dstrowo 12. Baden 12. und 13. Sachsen Altena-Iserlohn
Kaden, August Kähler, Wilhelmine Kagenstein, Simon Kautsky, Carl Keil, Wilhelm Kern, R. Kiesel, Max Kimmel Kirsch, Christian Kleemann, Paul Klees, Wilhelm Kloß, Carl Knoop, Fritz Koenen, H. Koblenzer, Carl Kölle, Friedrich König, Max Kräfer, Otto Krandt, Paul Kühn, August Kühn, Paul Kunigky, Carl Kutsche, Carl	Dresden Bandsbeck Leipzig Stuttgart Mannheim Würzburg Berlin Hamburg Schmalkalden Leipzig Magdeburg Stuttgart Frankfurt a. M. Hamburg Berlin Hamburg Witten (Ruhr) Berlin Görlitz Langenbielau Breslau Beuthen D.-S. Hannover	Altona-Stormarn und Lauburg 2. Württemberg. 11. Baden Schweinfurth-Haßfurth-Ebern 6. Berlin 3. Hamburg Schmalkalden-Eschwege 12. und 13. Sachsen 1., 10. und 14. Württemberg Frankfurt a. M. 2. Berlin 2. Hamburg Bochum-Witten-Gelsenkirchen 3. Berlin Görlitz-Lauban Reichenbach-Neurode Breslau-Land Beuthen D.-S. 8. und 15. Hannover
Landé, Hugo Landgraf, Emil Lehmann, Adolf Leonhardt, Friedrich	Elberfeld Burgstädt Cottbus St. Micheln bei Glauchau	Hagen-Schwelm 15. Sachsen Cottbus-Spremberg 17. Sachsen
Leopold, Adolph Lesche, Friedrich Leven, Wilhelm Liebknecht, Wilhelm Lipinski, Max Löwy, Max Lutz, Bertha Luz, Heinrich	Zeitz Altona Gera Berlin Danzig Frankfurt a. O. Berlin Langenbielau	Raumburg-Zeitz-Weißenfels Altona-Stormarn und Lauenburg Reuß j. L. Danzig-Stadt Frankfurt-Rebus Berlin Reichenbach-Neurode
Martiffe, S.	Hamburg	3. Hamburg und 5. Schleswig- Holstein
Meiß, Carl Meißner, Heinrich	Köln Hannover	

Name.	Wohnort.	Wahlkreis.
Mehger, Wilhelm Mehner, Theodor Meyer, Wilhelm Michaelis, Emil Michels, Wilhelm Müller, Heinrich Mohs, Alwin Mollenbuhr, Herm. Müller, Adolf Müller, S. Müller, Philipp Müller, Ernst	Hamburg Berlin Magdeburg Waldenburg Rast Weitmar Leipzig Hamburg München Berlin Arheilgen Wilkau	Magdeburg Waldenburg i. Schlesien Köln Land  12. und 13. Sachsen  1. München und Passau Glatz-Habelschwerdt Darmstadt-Großgerau 22. Sachsen
Nischke, Ernst Noste, Gustav	Großenhain Brandenburg a. S.	7. Sachsen Brandenburg-Westhavelland
Oertel, Carl Orb, Johannes Orbig, Carl	Nürnberg Offenbach a. M. Sießen	Nürnberg-Altendorf Offenbach-Dieburg Sießen-Grünberg-Nidda, 5. Nassau und Weßlar-Altentirchen
Paul, Albert Peters, Clara Reus, Heinrich Rischel, Admand Pfannkuch, Wilhelm Politz, Arthur Postelt, Reinhold Rusch, Otto	Hannover Forst N.-L. Dessau Blumenau Berlin Berlin Trachau b. Dresd. Brieg i. Schl.	14. Hannover Sorau 1. und 2. Anhalt Waldenburg i. Schl.  1. Berlin 4. Sachsen Brieg-Ramslau.
Carck, Max	Frankfurt a. M.	2. Nassau
Hauch, Friedrich Reichert, Peter Reißhaus, Paul Rieger, A. Riez, Hermann	Limmer b. Hannov. Finthen Erfurt Köln Berlin	4. und 8. Hannover Mainz Land  Köln Stadt und Kreuznach-Simmern 6. Berlin, Westpreignitz, Ruppin- Templin Dennep Remscheid-Mettmann 3. Württemberg Duisburg-Mülheim Berlin
Rocker, Karl Röhrl, Peter Rohrlack, Hermann Rohrlack, Martha	Mettmann Seilbronn Berlin Berlin	Solingen Ravitsch-Kröben-Gostyn 12. und 13. Sachsen Nieder-Barnim  2. München, Jngolstadt, Landshut, Kosenheim, Haussham Düsseldorf 4. Berlin 8. Sachsen
Schaal, Hugo Schepe, Otto Schiemann, Paul Schilling, Paul Schippel, Max Schmidt, Franz	Wald Ravitsch Leipzig Reinickendorf Berlin München	Rinteln-Hofgeismar Ohlau-Strehlen-Nimptsch
Schmidt, Ludwig Schneider, Paul Schöne, Gustav Schoenlant, Bruno Schreck, Carl Schüb, Oscar	Düsseldorf Berlin Lohmen Leipzig Bielefeld Breslau	

Name.	Wohnort.	Wahlkreis.
Schulze, Carl Schulze, Ernst Schumann, Bruno Schwarz, Theodor Schwarze, Karl Segis, Martin Simon, Josef Singer, Paul Sonnenburg, Herm. Sofna, Sylvester Stadthagen, Arthur Starke, Ernst Steinbach, Helma Steinweg, August Stolpe, Hermann Stolten, Otto Stubenreich, Leonh.	Königsberg i. Pr. Coffebaude Bielefeld Lübeck Deez Fürth Offenbach a. M. Berlin Friedrichshagen Zabrze Berlin Bunzlau Hamburg Stettin Glogau Hamburg Dggersheim	Coffebaude Lippe-Detmold Lübeck Zauch-Weßig-Jüterbogt Fürth-Erlangen Offenbach-Dieburg  Nieder-Barnim Zabrze-Rattowitz  Bunzlau-Lüben 3. Hamburg Stettin und Randow-Greifenhagen Glogau und Sagan-Sprottau 1. Hamburg 1. Pfalz und Kaiserslautern-Rich- heimbolanden Bayreuth-Berneck-Bunziedel, Hof- Rehan-Selb u. Kronach-Richtensfels
Stücklen, Daniel	Hof	
Teichmann, Robert Thiele, Adolph Thierbach, Otto Thomas, Philipp Tieze, Carl Timm, Johannes Trautwein, August	Birna Halle a. S. Berlin Rixdorf Breslau Berlin Quedlinburg	8. Sachsen Halle a. S. und Mansfeld Trenzlau-Angermünde Teltow-Beskow-Charlottenburg Breslau-Ost 1. Berlin Calbe-Aischersleben
Unglaube, Julius	Grünberg	Grünberg-Freistadt
Vetter, Hermann Vogel, Albin	Kohrweim Marienthal bei Zwickau Altenburg	10. Sachsen 18. Sachsen  Sachsen-Altenburg
Walter, Anton Wiehle, Richard Wurm, Emanuel Wehder, P. G. Werner, Hermann Wolny, Thomas Wexler, Heinrich	Stügerbach Hannover Berlin Sonneberg Berlin Breslau Potschappel	Erfurt-Schleusingen-Ziegenrüd Hannover  Coburg und 2. Meiningen 2. Berlin Breslau 6. Sachsen
Zabel, Otto Zeitlin, Clara Zubeil, Fritz	Berlin Stuttgart Berlin	4. Berlin 5. u. 8. Württemberg und Leipzig

Als Gäste anwesend:

Ellenbogen, Dr., Wien, für die österreichische Sozialdemokratie. (Am dritten Tage seiner Anwesenheit polizeilich ausgewiesen.)

Stinca, Dr., Bukarest, für die rumänische Sozialdemokratie.

Marx, Odrau (Oesterreich-Schlesien), für die sozialdemokratische Organisation in Odrau.

## Buchschriften und Telegramme.

- Affoltern a. Albis bei Zürich. Russischer Sozialdemokratenbund.  
 Amsterd. Ein Genosse.  
 Berlin. Sozialistische Studenten.  
 Bernburg. Genossen.  
 Biebrich. Genossen.  
 Bochum. Genossen.  
 Bonn a. R. Sozialdemokratischer Verein „Neue Zeit“.  
 Bordeaux. Generalrath d. Federation Girondine der französischen Arbeiterpartei (Raymond Levigne).  
 Brüg. Genossen.  
 Butareff. Deutsche Genossen.  
 Butareff. Rumänische Sozialdemokratie.  
 Crefeld. Genossen.  
 Christiania. Norwegische Arbeiterpartei.  
 Dahlen. Genossen.  
 Dafenau. Christian Franz.  
 Dresden. Mühlenarbeiter.  
 Eschwege. Genossen.  
 Flensburg. F. Rath.  
 Gießen. Die Genossen vom runden Tisch.  
 Grunau, Kreis Hirschberg. Genossen.  
 Hamburg. Die Genossen aus der bekannten „Bude“, Eimsbüttel, Bismarckstraße.  
 Hainau. Genossen.  
 Hirschberg. Genossen.  
 Innsdorf bei Römertadt. Organisirte Arbeiterschaft.  
 Kall. Genossen vom Landkreis Köln.  
 Kopenhagen. Sozialdemokratie Dänemarks.  
 Leimen (Waben). Genossen.  
 Leipzig. Zwei jugendliche Genossen des XIII. sächs. Reichstags-Wahlkreises.  
 London. Fr. Lehner.  
 London. Nationaler Verwaltungsrath der unabhängigen Arbeiterpartei (Tom Mann).  
 London. Redaktion „Russky rabotschey“ (Russische Arbeiter).  
 London. Sozialdemokratische Federation.  
 London. Sozialistische Partei Polens durch den Vorstand des auswärtigen Verbandes.  
 London. Unabhängige Arbeiterpartei, Mitgliedschaft St. Pancras (W. Chamters).  
 Maastricht. Arbeiterpartei Hollands.  
 Madrid. National-Komitee der Spanischen Arbeiterpartei (P. Iglesias).  
 Magdeburg. Arbeiter-Sängerbund.  
 Magdeburg-Neustadt. Frauen-Versammlung.  
 Mailand. Sozialdemokr. Partei Italiens.  
 Metz. Genossen.  
 Münster. Ein Genosse.  
 Oppeln. Genossen.  
 Paris. Deutscher Sozialdemokrat. Beseklub.  
 Pieschen bei Dresden. Genossen.  
 Pforzheim. Wähler-Versammlung vom 8. October.  
 Posen. Genossen.  
 Posen. Polnische Sozialdemokraten.  
 Rawitsch. Genossen.  
 Rosenheim. Genossen.  
 Rußland. Vorsteher von dreiundzwanzig Gewerkschaften jüdischer Zunge.  
 Santos (Brasilien). Genossen.  
 Sofia. Junge bulgarische sozialdemokratische Partei.  
 Solingen. Genossen.  
 Stockholm. Schwedische Sozialdemokratische Arbeiterpartei.  
 Tilsit. Genossen.  
 Wiesbaden. Genossen.  
 Wittowitz. Genossen.  
 Zagreb. Sozialdemokratische Partei Kroatiens-Slavoniens.  
 Zürich. Deutsche Sozialisten.

## Sprech-Register.

- Astermann, Heinrich 190.  
 Antrich, Otto 60, 97, 131.  
 Arons, Leo 69, 95, 160, 167.  
 Auer, J. 97, 196.  
 Gerard, Reinhard 75, 195.  
 Baerer, Heinrich 76.  
 Bebel, August 82, 93, 93, 112, 131, 174, 175, 176, 177, 180, 180, 194, 196, 198, 199.  
 Beims, Hermann 155, 199.  
 Berger, Max 87, 192.  
 Bloch, Hans 85, 195, 196.  
 Bloß, Wilhelm 191, 192, 193.  
 Bod, Wilhelm 155.  
 Braun, Otto 87, 159, 179.  
 Brühns, Julius 97.  
 Boerner, Wilhelm 95, 162.  
 Brecour, W. 179, 189.  
 Brühne, Friedrich 191.  
 David, Eduard 97, 132, 149, 175.  
 Dahlen 193.  
 Deppe, Simon 80, 188.  
 Dreßler 194.  
 Eberle, Carl 74, 162.  
 v. Elm, A. 152, 161.  
 Emmel, Leopold 87, 187.  
 Fischer, Edmund 156.  
 Fischer, Richard 78, 195, 196.  
 Foerster, Hermann 77, 95.  
 Frohne, Carl 94, 158, 190.  
 Fülle, Albrecht 82.  
 Galm, Josef 190.  
 Ged, Adolf 76, 81, 87, 157.  
 Gebr, S. 91, 96.  
 Geiser, A. 200.  
 Gerlach 199.  
 Gewehr, Wilhelm 85, 177, 191.  
 Göbel, Albert 81, 190.  
 Görke, Otto 93, 94, 194.  
 Groth, Emil 91, 180, 190.  
 Grünwaldt, L. 74, 91, 95, 130.  
 Harm, Friedrich 162.  
 Haug 193.  
 Herbert, Fritz 149.  
 Hering, August 84, 188.  
 Hoch, Franz 85, 188, 189, 197.  
 Hoffmann, Carl 70, 138, 161.  
 Hülle, Gustav 74, 85.  
 Huber 193.  
 Hug, Paul 69.  
 Jochem 192.  
 Joest, Nicolaus 96.  
 Kassenstein 156.  
 Kautsky, Carl 124, 149, 167.  
 Keil, Wilhelm 80, 87, 90, 194.  
 Kern, R. 82.  
 Kiesel, Max 81, 189.  
 Kimmel, 158, 193.  
 Klees, Wilhelm 74.  
 Kleemann 193.  
 Klob, Karl 97, 195.  
 Koenen, Gch. 77.  
 Külle, Friedrich 74, 179.  
 Kräfer, Otto 74.  
 Lande, Hugo 84.  
 Lefche, Friedrich 74, 152, 195.  
 Liebtnecht, Wilhelm 65, 138, 143.  
 Lipinski, Max 87.  
 Luz, Bertha 92, 94.  
 Luz, Heinrich 157.  
 Martitz, S. 83, 91.  
 Meiß, Carl 191.  
 Meißner, Heinrich 73, 81.  
 Metzger, Wilhelm 96.  
 Metzner, Theodor 69.  
 Mohs, Alwin 78, 179, 180.  
 Mollenbuhr, Hermann 70, 95, 97, 129.  
 Müller, Adolf 111.  
 Müller, Philipp 81, 190.  
 Oertel, Carl 69, 128, 188.  
 Peus, Heinrich 84.  
 Pfannkuch, Wilhelm 71, 95.  
 Polig, Arthur 78.  
 Quard, Max 95, 98, 131, 163, 166, 168, 175, 186.  
 Reikhaus, Paul 185.  
 Rich, Herrmann 75.  
 Rohrlach, Martha 91, 94, 194, 199, 200.  
 Schaal, Hugo 84.  
 Schilling, Paul 179.  
 Schippel, Max 103, 131, 168.  
 Schneider, Paul 84, 96.  
 Schönlant, Bruno 152, 162, 179, 188, 197.  
 Schred, Carl 179.  
 Schwarz, Th. 96.  
 Singer, Paul 68, 76, 93, 97, 131, 150, 151, 156, 166, 168, 176, 201.  
 Sonnenburg, Hermann 76, 196.  
 Stadthagen, Arthur 70, 74, 91, 94, 95, 96, 187, 192, 194.  
 Steinbach, Selma 160, 198.  
 Stolten, Otto 84, 95, 154, 187, 193.  
 Stubenreich, Leonhard 81.  
 Stücklen, Daniel 127.  
 Thiele, Adolph 91, 200.  
 Thierbach, Otto 95, 188.  
 Thomas, Philipp 77, 90.  
 Timm, Johannes 70, 75, 76, 92, 97, 179, 181, 187, 197, 197.  
 Trautwein 198.  
 Wurm, Emanuel 88, 92, 96.  
 Zeitlin, Clara 89, 138, 167, 168.

ENDE